

Rote Lippe Rose

Informationen zum Zeitgeschehen
41. Jahrgang / Nummer 6 aus 2026 vom 1. Juni 2026
www.Rote-Lippe-Rose.de

Sorgen um Einschnitte, Jobs und Ausbildung

Blicke auf die Themen des Maifeiertages 2026 in Lippstadt

Der Tag der Arbeit, der alljährlich am 1. Mai begangen wird, ist auch in Lippstadt ein bedeutendes Datum der Gewerkschaften. Dazu war es dem heimischen Kreisverband des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) in diesem Jahr gelungen, mit **Mona Neubaur** (Bündnis 90/Die Grünen) die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen für die traditionelle Mairede zu gewinnen. Ebenso konnte der Kreisvorsitzende des DGB, **Holger Schild** aus Erwitte, zum Grußwort den parteilosen Bürgermeister **Alexander Tschense** auf der Bühne gegenüber dem Rathaus willkommen heißen.



Lippstadt am Maifeiertag 2026: Mona Neubaur, Alexander Tschense und Holger Schild (rechts).

Foto: Hans Zaremba

Tariftreuegesetz

Vor dem Hintergrund der vom Bundeskabinett verabschiedeten Vorlage für eine Reform des Gesundheitswesens und weiterer in Rede stehender Maßnahmen der schwarz-roten Koalition warnte am Maifeiertag **Holger Schild** vor sozialen Einschnitten. Und **Alexander Tschense** schaute auf die schwierige wirtschaftliche Lage in Folge der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die auch in Lippstadt spürbar sei. Von der Landespolitikerin **Mona Neubaur** wurde bei ihrem Besuch an der Lippe die Bedeutung des kurz zuvor in Düsseldorf beschlossenen Tariftreuegesetzes betont. Mehr zum Titelthema auf den Seiten 2 bis 5.

Von der Zukunft bis zur politischen Diskussion

Worte der IGM-Jugend zum Tag der Arbeit 2026 – notiert von Hans Zaremba

Neben dem üblichen Familienfest und der klassischen Kundgebung zum Tag der Arbeit auf dem Rathausplatz in Lippstadt trat in diesem Jahr auch die Jugend der Industriegewerkschaft Metall (IGM) aus der Region Hamm-Lippstadt mit einem viel beachteten Beitrag auf: „Wir sind die Zukunft. Wir sind die Gegenwart. Wir sind bereit. Unsere Zukunft darf kein Glücksspiel sein!“ Rote Lippe Rose hat die von den jungen Gewerkschaftlern artikulierten Aussagen für diesen Artikel im Wortlaut protokolliert.



Lippstadt am Maifeiertag 2026 (I): Bild zur Darbietung der jungen Metallgewerkschaftler.

Beitrag der Jugend der Industriegewerkschaft Metall

Antonio Schneider zur Einleitung:

Die Jugend von heute ist faul . . . Das hören wir immer wieder! In den Medien, aber auch von der Politik! Aber was ist, wenn das gar nicht stimmt?

Was ist, wenn junge Menschen arbeiten wollen . . . aber keinen Ausbildungsplatz bekommen?

Was ist, wenn sie lernen wollen . . . aber keine Chance bekommen, sich zu beweisen?

Was ist, wenn sie motiviert sind . . . aber nur als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden?

Das Problem ist nicht die Jugend. Das Problem ist ein System, das ihnen keine Chance gibt! Und genau hier müssen wir hinschauen: auf die Qualität der Ausbildung. Gute Ausbildung heißt gute Betreuung, faire Bezahlung und echte Perspektiven!

Dominic Baum zur Ausbildungsqualität:

Viele starten voller Motivation und verlieren sie schnell wieder, da sie nicht wirklich ausgebildet werden.

Das macht was mit einem. Man fängt an, an sich selbst zu zweifeln, an dem Beruf zu zweifeln und man fängt an, an seiner Zukunft zu zweifeln.

Allerdings sollte Ausbildung genau das Gegenteil bewirken! Sie soll einen stärken. Sie soll Wissen vermitteln. Sie soll Perspektiven schaffen. Und sie soll junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereiten!

Doch die Realität sieht oft anders aus. Azubis, die nur putzen, aufräumen oder einfache Tätigkeiten ausüben. Azubis, die allein gelassen, statt begleitet zu werden. Das ist keine Ausbildung, das ist Ausnutzung!

Eine gute Ausbildung bedeutet: Zeit für Erklärung. Zeit für Fragen. Und vor allem: Respekt gegenüber den Auszubildenden. Gute Ausbildungsqualität ist kein Luxus. Sie ist die Grundlage für unsere Zukunft. Und genau deshalb dürfen wir das nicht einfach hinnehmen!

Fortsetzung auf der Seite 3



Lippstadt am Maifeiertag 2026 (II): Momentaufnahme mit dem Publikum auf dem Rathausplatz.

Fotos (2): Karl-Heinz Tiemann

Deshalb fordern wir:

Verbindliche Qualitätsstandards, eine Ausbildung, die uns stark macht und mit der wir überall arbeiten können und echte Zukunftsperspektiven schaffen!

Denn wer Fachkräfte von morgen will, muss in eine unbefristete und gute Ausbildung investieren!

Tamara Gönning zur Ausbildungsplatzsicherung:

Jedes Jahr stehen junge Menschen da mit Motivation, mit Plänen, mit Zukunftswünschen – und werden trotzdem abgelehnt.

Nicht, weil sie nicht wollen. Sondern weil es zu wenige Chancen gibt. Und das ist ein Problem, das wir gemacht haben. Denn zu viele Betriebe bilden gar nicht mehr aus. Andere reduzieren ihre Plätze oder stellen nur noch die „Perfekten“ ein.

Wer fertige Fachkräfte will, darf sich nicht wundern, wenn es irgendwann keine mehr gibt. Deshalb muss klar sein: Ausbildung darf kein Wettbewerb sein, bei dem viele durchs Raster fallen. Wir brauchen eine verlässliche Struktur, die Chancen schafft statt aussortiert – eine Struktur, die junge Menschen trägt, statt sie direkt nach der Schule unter Druck zu setzen.

Denn der Übergang von Schule ins Berufsleben ist kein Sprung, den man einfach so meistert. Er ist ein Einschnitt im Leben. Und genau in diesem Moment brauchen Jugendliche Unterstützung. Zeit zur Eingewöhnung und die Möglichkeit, ihren Weg zu finden. Nicht jeder ist sofort „Perfekt“. Aber jeder hat das Recht, sich zu entwickeln.

Es ist eine politische Entscheidung, ob wir jungen Menschen diese Chance geben – oder ob wir weiter zulassen, dass sie aussortiert werden. Denn jeder junge Mensch, der heute keine Ausbildung bekommt, fehlt uns morgen als Fachkraft.

Und das können wir uns nicht leisten.

Antonio Schneider zum Schluss:

Und genau da liegt die Verantwortung . . . bei den Betrieben! Aber auch bei der Politik! Ausbildungsplatzsicherung bedeutet Fachkräftesicherung. Und das heißt: Zukunftssicherung für uns alle. Wir sind die Zukunft. Wir sind die Gegenwart. Und wir sind bereit. Unsere Zukunft darf kein Glücksspiel sein!

Jeder junge Mensch verdient eine Chance, unabhängig von Herkunft, Schulform oder Lebenssituation. Unabhängig davon, wen du liebst, wie du aussiehst oder wie du lebst. Wir stehen für Vielfalt!

Daher kommt doch auch gerne zum CSD (Christopher Street Day) am 27. Juni in Soest vorbei.

Denn wenn Ausbildung – dann alle!

Gute Arbeit ist nicht verhandelbar

Mona Neubaur schaute auch auf die Causa Volz

Die Rede zum Tag der Arbeit gehört auch in Lippstadt zu den festen Ritualen des jährlichen Maifeiertages auf dem Rathausplatz. Nachdem in den vergangenen zwei Jahren jeweils hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre diese Aufgabe beim Familienfest des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) ausübten, oblag sie in 2026 der Landesministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, Mona Neubaur.



Lippstadt am Maifeiertag 2026 (I): Die Landesministerin Mona Neubaur hob in ihrer Rede den von der Landesregierung in Düsseldorf unterbreiteten Entwurf für ein Tariftreugesetz hervor.

Investitionsfonds

Um für die überfällige Sanierung der Infrastruktur in Deutschland die nötigen Mittel beschaffen zu können, war es nach den Worten der stellvertretenden Ministerpräsidentin erforderlich, „*irrsinnige Milliarden an Schulden*“ aufzunehmen. Damit blickte sie auf das vor der Konstituierung des am Sonntag, 23. Februar 2025, gewählten Bundestages noch vom vorherigen Parlament im März 2025 beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. Die über diesen Weg bereitgestellten Gelder in Höhe von 500 Milliarden Euro werden, so **Mona Neubaur**, für das Funktionieren von Autobahnbrücken, Bahnstrecken, Straßen und Wasserwege sowie Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser dringend benötigt. Für ihre Bejahung der von den Parteien der jetzigen Bundesregierung – Union und SPD – und heutigen Opposition – Bündnis 90/Die Grünen – durchgesetzte Maßnahme erhielt die Rednerin von den vor dem Rathaus Versammelten mehrfach Applaus. **Zur Erläuterung:** Es handelt sich bei dem von der Politikerin in Lippstadt erwähnten Sondervermögen um ein Generationenprojekt, das auf zwölf Jahre angelegt ist. Aus dem Fond fließen 300 Milliarden in Investitionen des Bundes und darüber hinaus je 100 Milliarden für Maßnahmen der Infrastruktur der Länder und ihrer Kommunen sowie in den Klimaschutz.

Tarifentgeltsicherung

Drei Tage vor der Maikundgebung in Lippstadt hatte die Düsseldorfer Landesregierung mit dem Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, **Karl-Josef Laumann** (CDU), und **Mona Neubaur** den Entwurf eines neuen Gesetzes zur Tarifentgeltsicherung vorgestellt, was die Ministerin in ihrer halbstündigen Lippstädter Rede aufgriff. Der Inhalt dieses Vorhabens regelt, dass Aufträge des Landes künftig nur an Betriebe vergeben werden, die sich verpflichten, mindestens die in den Branchentarifverträgen festgelegten Entgelte zahlen. Eine Regel, die einen fairen Wettbewerb im Land zwischen Rhein und Weser bewirken soll.



Lippstadt am Maifeiertag 2026 (II): Für die musikalische Begleitung ihrer Veranstaltung vor dem Rathaus hatte die Gewerkschaft das Duo **Piet** und **Diet** aus Paderborn gewonnen.

Fotos (2): Karl-Heinz Tiemann

Beachtenswerter Auftritt

Keine Überraschung war, dass **Mona Neubaur** in ihrer Ansprache auch den arbeitsrechtlichen Streit zwischen dem Christlichen Klinikum Lippstadt – hervorgegangen aus der Fusion des Evangelischen Krankenhauses mit dem Dreifaltigkeitshospital – und dem Chefarzt für Frauenheilkunde, **Dr. Joachim Volz**, aufgriff. Dazu zitierte die örtliche Tageszeitung die Mai-Rednerin mit der nachdrücklichen Bemerkung: **Kein kirchlicher Arbeitgeber darf sich darüber hinwegsetzen, was in Deutschland Recht und Gesetz ist.** Es war ein beachtenswerter Auftritt der Politikerin mit dem Mitgliedsbuch der Partei Bündnis 90/Die Grünen, den sie ohne jegliche Notizen und somit ausschließlich in freier Rede bestritt.

Kämpferische Eröffnung

Vor der Rede der Landesministerin **Mona Neubaur** und dem Grußwort des Bürgermeisters **Alexander Tschense** hatte der DGB-Kreisvorsitzende **Holger Schild** zur Eröffnung des Familienfestes und der Kundgebung zum Maifeiertag in Lippstadt **eine kleine, nur unvollständige Übersicht der aktuellen politischen Diskussion** präsentiert. Dabei fand er deutliche Worte mit Blick auf den Bundeskanzler **Friedrich Merz** (CDU), die er mit einigen Äußerungen des Regierungschefs aus den letzten Wochen zur Arbeitsmoral (**Lifestyle-Teilzeit**) und Altersversorgung (**Basisabsicherung**) unterstrich. Zudem erklärte der DGB-Vormann im heimischen Kreisgebiet: **Wir wissen: Unser Sozialstaat, das Bürgergeld, die Grundsicherung, ist unsere Haltelinie vor Obdachlosigkeit und bitterster Armut. Ich rede hier nicht von einem Besuch bei der Tafel, sondern bei der Bahnmissionsmission oder Suppenküche.** Und der Gewerkschaftler aus Erwitte fügte hinzu: **Wir wissen: Viele von uns sind nur einen Schicksalsschlag von dieser Linie entfernt. Arbeitslosigkeit, Krankheit oder anderes kann uns so aus der Bahn werfen, dass wir diese Linie brauchen. Wir brauchen deshalb nicht weniger Sozialstaat. Wir brauchen ein gerechteres System bei der Finanzierung des Sozialstaates!**

Angenehmes Wetter

Einmal mehr wurde das Mai-Treffen vor dem Rathaus durch ein angenehmes Wetter begleitet. Folglich löste dies eine gute Teilnahme und Stimmung aus. Dazu haben auch die von den Einzel-Gewerkschaften und politischen Parteien errichteten Infostände beigetragen.

Hans Zaremba

Betrachtungen zum Wohnen im Alter

Öffentlicher Austausch mit Meinolf Köller von der GWL

Als Einstieg in die öffentliche Veranstaltung „Wohnen im Alter“ der Lippstädter SPD-Senioren erläuterte der Geschäftsführer der GWL (Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH Lippstadt), Meinolf Köller, die Angebotspalette des städtischen Unternehmens. Speziell ging er auf den Einsatz zur Verbesserung der Offerten an barrierefreien sowie barrierearmen und damit auch seniorengerechten Mietwohnungen in Lippstadt ein.



Lippstadt am Donnerstag, 7. Mai 2026: Meinolf Köller präsentierte in der im IQ (Innovation Quarter Lippstadt) untergebrachte Zentrale die Projekte und Aufgaben des Wohnungsbauunternehmens.

Foto: Hans Zaremba

Unterschiedliche Kategorien

Mittlerweile verfüge die GWL über mehr als 400 solcher Wohnungen. Dabei handele es sich um Domizile in allen Größen- und Preiskategorien, informierte **Meinolf Köller** und fügte hinzu, dass sich diese Objekte sowohl im Innenstadtbereich als auch in verschiedenen Wohnanlagen im gesamten Stadtgebiet befinden. Überdies stellte der GWL-Manager die gegenwärtig laufenden Großmodernisierungen in den Quartieren Juchaczstraße und Herderstraße/Schwemannskamp vor. Ebenso die Neubauvorhaben an der Gorch-Fock-Straße. *Mit dem Bau von 16 weitere barrierefreien und öffentlich geförderten Mietwohnungen werde im Herbst 2026 begonnen*, kündigte der Gastgeber des vom Vormann der SPD-Gruppe, **Karl-Heinz Tiemann**, eröffneten Treffens in der GWL-Zentrale an. Überhaupt seien im Neubaubereich die barrierefreien Ausstattungen des in 1951 gegründeten städtischen Wohnungsunternehmens seit vielen Jahren der übliche Standard.

Kleinere Wohnungen

Darüber hinaus betonte **Meinolf Köller**, dass die GWL fortgesetzt versuche, attraktive Angebote für Seniorinnen und Senioren zu schaffen, die aus ihren zu großen gewordenen Bleiben oder Eigenheimen in kleinere Wohnungen umziehen wollen. Solche Projekte konnte die GWL im Stadtzentrum in der Fleischauerstraße im Zuge der Umgestaltung der früheren Marienschule und Klockowstraße auf einem vormals brachliegenden Areal errichten.



Lippstadt im Mai 2026: Dieses GWL-Haus für Wohnen im Alter wurde in der Klockowstraße errichtet.
Foto-Quelle: GWL

GWL-Gründung

Der Austausch der SPD-Senioren mit **Meinolf Köller** im Beisein der einstigen Aufsichtsratsvorsitzenden **Josef Niehaus** und **Udo Strathaus** gibt Anlass, einen Blick auf die GWL-Geschichte zu werfen. Das Unternehmen mit seinen heutigen Geschäftsfeldern **Wohnen** (Vermietung und Verwaltung), **Bauen** (Neubau und Modernisierung) und **Erschließen** (Grundstücks- und Baugebietsentwicklung) wurde 1951 als Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Lippstadt (GWL) gegründet. Einer der maßgeblichen Initiatoren war der von November 1948 bis zu seinem Tod im Januar 1974 wirkende Bürgermeister **Jakob Koenen** (1907-1974). Mit der vom SPD-Politiker durchgesetzten Gesellschaft wollte man die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Flucht und Vertreibung von Menschen aus den vormals deutschen Ostgebieten in Lippstadt entstandene Wohnungsnot begegnen. Eine Herausforderung, die durch mehrere Bauprojekte gelang. Dazu zwei Zahlen aus dem Artikel **Keine Entlastung in Lippstädter Wohnraumnot** der Zeitung **Der Patriot** am Donnerstag, 7. Juni 1951: Zum 1. Januar 1951 waren in Lippstadt insgesamt 32.191 Einwohnerinnen und Einwohner gemeldet, für die nur 7.122 Wohnungen zur Verfügung standen.

GWL-Verkauf abgewendet

Im Frühjahr 1997 wurden Gerüchte bekannt, wonach die GWL zum Verkauf anstehe. Vorausgegangen waren Überlegungen in der damaligen Stadthaus-Spitze am Ostwall, repräsentiert durch den von August 1989 bis Ende Juli 1997 amtierenden Stadtdirektor **Klaus Karl Kaster** und dem von Dezember 1989 bis November 2013 tätigen Stadtkämmerer **Rainer Strotmeier** (beide CDU), aus dem Erlös das Stadtsäckel aufzufüllen. Durch heftige Mieterproteste und dem Einsatz der SPD, explizit durch die inzwischen verstorbenen Ratsherren **Antonius Schneider** (1936-2014), **Horst Schneider** (1933-2015) und **Walter Neumann** (1932-2015) sowie die derweil aus der Lokalpolitik ausgeschiedenen **Heinz Gerling** und **Bernhard Scholl** und dem Verfasser dieses Beitrages, **Hans Zaremba**, konnte das Vorhaben abgewendet werden. Die sechs Sozis setzten im Verbund mit anderen Kommunalpolitikern am Montag, 26. Mai 1997, den entscheidenden Ratsbeschluss durch, der dem sogenannten **Jahrhundert-Deal** (Bezeichnung der Gazette **Der Patriot** in der Ausgabe am 19. und 20. April 1997) eine klare und bindende Absage erteilte.

Hans Zaremba

Modell für Projekte der Stadtentwicklung

Notizen vom Vortrag von Ralf Margott – aufgezeichnet von Hans Zaremba

Bereits im November 2020 veröffentlichte Ralf Margott, ein Kenner von Maashorst (hervorgegangen aus der zum 1. Januar 2022 erfolgten Fusion der Gemeinden im Nord-Brabant, Landerd und Uden), in „Lippstadt am Sonntag“ die Zeilen „Modell für zukunftsgerichtete Stadtentwicklungsprojekte“. Darauf bezog sich der Overhagener, als er im Mai in der öffentlichen Runde der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus „Wohnen im Alter“ den Begegnungsplatz „MuzeRijk“ in der Lippstädter Partnerstadt vorstellte.



Lippstadt am Donnerstag, 7. Mai 2026 (I): Ralf Margott aus Overhagen bei der Präsentation von „MuzeRijk“ im Versammlungsraum der GWL (Grundstücks- und Wohnungsbau GmbH Lippstadt). Mit im Bild unten links der vormalige Aufsichtsratsvorsitzende der GWL, Udo Strathaus.

Foto: Hans Zaremba

Gegen Vereinsamung und Vandalismus

Die Idee für den Begegnungsort „MuzeRijk“ im Osten der niederländischen Provinz Noord-Brabant basierte im Jahr 2010 auf dem Gedanken, der im Ortsteil Vijfhuis von Maashorst immer problematischer werdenden Vereinsamung entgegenzuwirken. Nach einer von **Ralf Margott** im Februar 2024 gleichfalls in **Lippstadt am Sonntag** geschilderten Untersuchung sollen sich in den Niederlanden mehr als 50 Prozent der über 75-Jährigen zunehmend einsam fühlen, und dies mit steigender Tendenz. Somit war „MuzeRijk“ eine folgerichtige Überlegung in der Lippstädter Partnerstadt. Zudem hatte man in Maashorst im Jahr 2010 die Konzeption des Projektes mit dem Ansatz verbunden, die hohe Rate an Einbrüchen und Vandalismus zu stoppen. Dazu sollte in der dortigen Klarinetstraat ein Gebäudekomplex entstehen, der viele Menschen anspricht, egal welchen Alters und unabhängig von dem jeweiligen soziokulturellen Hintergrund. Fünf Jahre später konnte das Zentrum eröffnet werden. Mit ihren rund 800 Mitgliedern bietet die Stiftung „MuzeRijk“, der Sozialarbeiter, Erzieher, Mediziner, Pflegekräfte, Übungsleiter, Handwerker, Musiker, Gastronomen und Verwaltungskräfte angehören, ein breites Spektrum zeitgemäßer Interaktionen an. Wer sich im Zentrum von Maashorst aktiv einbringen möchte, findet im „MuzeRijk“, so **Ralf Margott**, vielfältige Möglichkeiten für Begegnungen und die Entwicklung eigener Fähigkeiten.



Lippstadt am Donnerstag, 7. Mai 2026 (II): Auf eine aufmerksame Runde traf Ralf Margott mit seinen Ausführungen zum Modell aus den Niederlanden für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung. Ebenso sprach er über einige andere Aspekte des Zusammenlebens in der Lippstädter Partnerstadt.

Foto: Karl-Heinz Tiemann

Vielfältige Möglichkeiten

In seinem Beitrag für **Lippstadt am Sonntag** aus dem November 2020 stellte der gewandte Overhagener heraus: *Man kann sich treffen, mit einander reden, gemeinsam spielen, fernsehen, essen, musizieren, singen, Sport betreiben und Ausflüge unternehmen.* Wo einst eine Sporthalle mit angrenzenden Übungsplätzen stand, bieten jetzt zwölf Organisationen ihre Dienste an und im Lunchcafé könne man zweimal in der Woche essen. Parallel würden eine Sozialstation und Ärzte bei individuellen Problemen helfen und fügte hinzu: *Für Menschen mit Behinderungen gibt es eine qualifizierte Tagesbetreuung.* Zudem seien eine Kleinkinderbetreuung und zwei Grundschulen integrierte Bestandteile von „MuzeRijk“. Und darüber hinaus könnten ältere Menschen, allein oder zu zweit im „MuzeRijk“ wohnen. *Hier sind sie nicht abgeschoben oder gut betreut, sondern aktiv eingebunden in das alltägliche Leben,* berichtete **Ralf Margott** über seine Eindrücke des Modells aus Maashorst.

Unterschiedliche Ansätze

Wem das Laufen längerer Strecken zu beschwerlich ist, der könne durch die großen Glasfenster den Schulalltag der Kinder verfolgen. Oder bei Interesse bestehe die Möglichkeit, mit Gleichgesinnten am Computer den Einstieg in die digitale Welt zu wagen. Überdies würden kostengünstige Touren mit dem Elektroauto in die Natur und zum Arzt oder Friseur angeboten. Um diese unterschiedlichen Ansätze unter einem Dach zu vereinen, wurde nach den Ausführungen von **Ralf Margott** in Maashorst *ein modulares Konzept von einander verschachtelten Würfeln verwirklicht.* Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bebauungsfläche könnten Erweiterungen vorgenommen werden, um für die steigende Nachfrage entsprechende Angebote unterbreiten zu können.

Mögliches Beispiel für Lippstadt

Unterdessen ist das Zentrum „MuzeRijk“ nicht nur für die vormalige und in 2022 in Maashorst integrierte frühere Gemeinde Uden ein Vorzeigemodell für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung. Das Projekt im nördlichen Brabanter Land ziehe auch Stadtplaner, Architekten, Sozialarbeiter, Lehrer, Politiker und andere Interessenten in Gruppenstärke aus den Niederlanden und dem nachbarten Belgien an, die sich über die Hintergründe für das Entstehen von „MuzeRijk“ informieren wollen. Ebenso, um Anregungen für eigene Pläne zu gewinnen. Das in Maashorst verwirklichte Projekt ist gewiss auch für Lippstadt ein Beispiel, mit dem man hier die Mehrgenerationen-Aktivitäten weiter intensivieren kann.

Bemerkenswerter Vortrag

Es war ein eindrucksvoller Vortrag, für den **Ralf Margott** der Einladung der Seniorinnen und Senioren aus der Lippstädter SPD zu ihrer öffentlichen Veranstaltung gefolgt war. Über das eigentliche Thema hinaus blickte der Referent ebenso auf einige andere aufschlussreiche Punkte aus der Geschichte der Stadt in den Niederlanden, die seit 1971 – unter anderem durch das Engagement von **Jakob Koenen** (1907-1974) – die Partnerstadt von Lippstadt ist.

Sechs Punkte für das Jahr 2026

Jochen Ott im Dialog mit der SPD-Basis in Dortmund

„Vieles im Alltag der Menschen läuft aktuell ungerecht. Schuld sind nicht sie selbst. Es sind die Rahmenbedingungen, die nicht mehr funktionieren.“ Dies formulierte Jochen Ott, designierter SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im April 2027, in Dortmund zum Beginn eines Dialogs mit der Parteibasis.



Dortmund am Mittwoch, 27. Mai 2026 (I): Jochen Ott erläutert im deutschen Fußballmuseum vor der Parteibasis der Sozialdemokratie im Westlichen Westfalen seine sechs Punkte für das Jahr 2026.

Überzeugende Einführung

Bei angenehmem sommerlichem Wetter hatte sich eine stattliche Zahl von Mitgliedern aus der Sozialdemokratie aus dem Westlichen Westfalen im Fußballmuseum gegenüber dem Dortmunder Hauptbahnhof eingefunden. Für **Rote Lippe Rose** waren **Karl-Heinz Tiemann** mit seiner Kamera und **Hans Zaremba** für die Erfassung der Notizen für diese Zeilen in das im Oktober 2015 eröffnete Gebäude der deutschen Fußballgeschichte gekommen. Mit seiner frei und überzeugend vorgetragenen Einführung stellte **Jochen Ott** heraus: **Leistung und Engagement verlieren an Wert. Stattdessen gewinnen Herkunft, Vermögen oder Einfluss wieder an Bedeutung. Das ist kein individuelles Scheitern. Es ist die Folge falscher politischer Prioritäten – und genau daran müssen wir etwas ändern.**

Familienfreundlichkeit

Der 1974 in Porz, heute ein Stadtteil von Köln, geborene vormalige Oberstudienrat will mit seinem Engagement **Nordrhein-Westfalen zum familienfreundlichsten Bundesland** entwickeln. Unter anderem durch die **Einführung des Kinder-Chancen-Gelds**. Mit ihm werde jedes Kind im Land zwischen Rhein und Weser mit seiner Geburt 5.000 Euro vom Land bekommen. Das Geld soll angelegt und den Kindern zum 18. Geburtstag ausgezahlt werden, um ihnen den Start in das Berufsleben zu erleichtern. Die **Entlastung von Familien** will der Sozialdemokrat durch den Ausbau von Kitaplätzen sowie die Abschaffung der Kita-Gebühren bis 2023 erreichen. Darüber hinaus soll für die **Stärkung pflegender Angehöriger** der Ausbau der ambulanten und häuslichen Pflege, inklusive mehr Tagespflegeangeboten und Pflgelotsen zur Beratung, intensiviert werden.

Wirtschaft

Die Umsetzung der Aussage **Gerechte Arbeit – eine Wirtschaft für alle in NRW** will **Jochen Ott** durch ein **Bündnis für Arbeit** aus Sozialpartnern, Wirtschaft und Politik ankurbeln. Ebenso sprach sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf für die **Einrichtung eines Transformationsfonds** zur Unterstützung von Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität und zur Sicherung von Arbeitsplätzen und die **Qualifizierung und Weiterbildung** mit der Einführung einer landesweiten Arbeitsmarktstrategie aus.



Dortmund am Mittwoch, 27. Mai 2026 (II): Plakat der Dialogserie von Jochen Ott mit der SPD-Basis.
Fotos (2): Karl-Heinz Tiemann

Bildungschancen

Verlässliche Betreuung (mehr Kräfte in den Kitas), **Bessere Förderung** (Chancenjahr für alle Kinder mit Förderbedarf vor dem Schuleintritt), **Klares Schulsystem** (Zweigliedrigkeit), **Mehr Lehrkräfte** (Praxisnahe Lehrkräfteausbildung) und **Besseres Miteinander** (Sozialpädagogische Klassenzeit und handyfreier Vormittag) sind die Thesen aus dem Katalog des vormaligen Gesamtschullehrers **Jochen Ott** für **Gerechte Bildungschancen**.

Gerecht und Sicher

Mit den Punkten **Effektive Justiz** (schnellere Strafverfolgung und Verfahren), **Mehr Einsatzkräfte** der Polizei), **Sicherheit im öffentlichen Raum** (Videoüberwachung kriminalitätsgefährdeter Orte), das **Stoppen der organisierten Kriminalität** und Initiativen gegen die **Ursachen von Kriminalität** (Kriminalpräventive Räte, Jugendzentren, Streetwork und Beratung) will der SPD-Parlamentarier einen starken **Rechtsstaat für alle** schaffen.

Zusammenleben

Für ein **gerechtes Zusammenleben** sind Vorgaben für **klare Regeln** und eine **echte Integration** unerlässlich. Mit ihnen sollen die **Integration vereinfacht** (mit verbindlicher Sprachförderung und die Anerkennung von Berufsabschlüssen) sowie die **gesteuerte Aufnahme und konsequente Verfahren** durchgesetzt werden. Zudem ist eine **Entlastung für die Kommunen bei der Unterbringung** mit dem Ausbau von Landeseinrichtungen für Geflüchtete ohne Bleibeperspektive auf mindestens 70.000 Plätze herbeizuführen.

Infrastruktur

Handlungsfähige Kommunen benötigen eine bessere finanzielle Ausstattung durch einen höheren Anteil an den Gemeindesteuern. Daneben die Weiterleitung von 80 Prozent der Zuteilung für Nordrhein-Westfalen aus dem Sondervermögen des Bundes, um die Grundlage für eine funktionierende Infrastruktur zu bilden. Unterstützt werden müsse dieses Ziel mit **Investitionen in die Infrastruktur** aus dem Sondervermögen, die schnell und vollständig in Baumaßnahmen zu leiten sind, um den Verkehr und die Industrie zu stärken. Parallel ist die Baustellenkoordination zu verbessern. Und durch Infrastrukturgenossenschaften von Nachbarstädten sollten gemeinsame Projekte zur Entwicklung des öffentlichen Raums gebündelt werden. Um mehr **bezahlbaren Wohnraum** schaffen zu können, fordert der von der SPD in Nordrhein-Westfalen als Herausforderer des derzeitigen Ministerpräsidenten vorgesehene Landtagsabgeordnete eine effektive Mietpreisbremse und den Bau von mehreren hundert neuen Wohnungen durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft.



Lippstadt am Samstag, 19. Oktober 1985: Zum Empfang des Schirmherrn der Herbstwoche in 1985, Hans-Jürgen Wischnewski, links neben dem damaligen ehrenamtlichen Bürgermeister Franz Klocke (1937-2023), waren etliche Gäste aus dem Stadttheater mit in das Rathaus gekommen. Unter anderem die Lippstädter Sozialdemokraten mit den seinerzeitigen Abgeordneten im Düsseldorfer Landesparlament, Karl Heinz Brülle, und im Bonner Bundestag, Engelbert Sander (1929-2004).

Archiv-Foto: Stadt Lippstadt

Von Gerhard Schröder (CDU) bis zu Georg Leber (SPD)

Vor **Hans-Jürgen Wischnewski** waren aus der SPD in 1967 der von 1966 bis 1978 amtierende Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Heinz Kühn** (1912-1992), 1973 der Bundesminister der Verteidigung, **Georg Leber** (1920-2012), 1976 die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Annemarie Renger** (1919-2008), und 1979 **Johannes Rau** (1931-2006), der von 1978 bis 1998 als Regierungschef das Land zwischen und Rhein und Weser repräsentierte, als bedeutende Beistände zur Eröffnung der Herbstwoche an die Lippe gekommen. Einer der CDU-Politiker als Begleiter der Herbstwoche war am Samstag, 18. Oktober 1969, der Verteidigungsminister **Gerhard Schröder** (1910-1989). Sein Besuch erfolgte drei Tage vor dem Kanzlerwechsel des von der CDU gestellten **Kurt Georg Kiesinger** (1904-1988) auf den SPD-Politiker **Willy Brandt** (1913-1992). Beim Besuch von **Gerhard Schröder** in Lippstadt stand somit gleichfalls die Amtsübergabe seines Ressorts an den designierten Nachfolger aus der SPD, **Helmut Schmidt** (1918-2015), bevor. Übrigens: **Gerhard Schröder** aus der CDU ist nicht mit seinem Namensvetter und SPD-Politiker **Gerhard Schröder**, Kanzler von 1998 bis 2025, zu verwechseln. Lediglich die Identität ihres Namens verbindet sie. Die Liste mit den aus der Politik entsandten Schirmherren beinhaltet weitere bekannte Persönlichkeiten. Doch derweil ist dieses Herbstwochen-Ritual Geschichte.

Umzüge mit Jakob Koenen und Barbara Christ

Zum Brauch der Lippstädter Kirmeswoche zählte auch lange der Herbstwochenumzug durch die Innenstadt, über viele Jahre verkörpert vom Bürgermeister **Jakob Koenen** (1907-1974) aus der SPD und später von seiner CDU-Nachfolgerin **Dr. Barbara Christ** (1920-2017). Der vorerst letzte von den Organisatoren sowie vom Publikum breit angenommene Festzug durch die City fand am Samstag, 23. Oktober 2010, statt. Viele gut gelaunte Fußgruppen, gefällig gestaltete Wagen und stimmungsvolle Musikensembles bestimmten zum 825jährigen Stadtjubiläum den Verlauf. Dabei war vor 16 Jahren auch eine Gruppe von Anhängerinnen und Sympathisanten von Borussia Dortmund aus dem örtlichen BVB-Fanclub e.V., bekannt mit dem Namen „Optimisten“. Die mitgebrachten schwarz-gelben Fahnen mit der Lipperose als örtliches Merkmal waren von den Zuschauerinnen und Zuschauern nicht zu übersehen. Nun soll es in 2026 eine Neuauflage des Umzuges geben, wozu unter anderem auch die BVB-Freundinnen und Freunde aus Lippstadt wiederum ihre Teilnahme angemeldet haben.

Hans Zaremba

Vom Ortsvorsteher bis zum Mitglied im Bundestag

Stationen von **Eike Hovermann**, der sein 80. Lebensjahr vollendete

Von Januar 1995 bis September 2009 gehörte Eike Hovermann, der am Mittwoch, 27. Mai 2026, sein 80. Lebensjahr vollendete, dem Bundestag an. Er war nach Jakob Koenen (1907-1974) und Engelbert Sander (1929-2004) der dritte Sozialdemokrat aus Lippstadt, der den heimischen Raum im deutschen Parlament vertrat. Zuvor hatte der „Lange“, wie er von mehreren seiner Wegbegleiter wegen seiner Körpergröße von knapp zwei Metern genannt wird, seine Spuren in der Kommunalpolitik hinterlassen.



Eickelborn im Herbst 1979: In seinem Geburtsort empfing Eike Hovermann als Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Lippstadt den links abgebildeten damaligen Vormann der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Dieter Haak (1938-2012) aus Hagen, zum Besuch in den Psychiatrie-Einrichtungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Mit dabei war Heinz Schapke (rechts), Pflegedienstleiter im Landeskrankenhaus Eickelborn, als örtlicher Ratskandidat der SPD.

Archiv-Foto: Sammlung Hans Zaremba

Kommunalpolitik

Der Lehrer für Geschichte und Latein, zuletzt am Gymnasium Schloss Overhagen (GSO), startete seine politische Tätigkeit als Ratsherr in Lippstadt. Von 1979 bis 1994 als eine der prägenden Persönlichkeiten der lokalpolitischen Vertretung in der größten Stadt im heimischen Kreisgebiet. Überdies war **Eike Hovermann** von 1989 bis 1994 stellvertretender Bürgermeister und bei den Kommunalwahlen in 1984 und 1989 der Bürgermeisterkandidat der SPD in Lippstadt. Zugleich erwarb er sich von 1984 bis 1994 als Ortsvorsteher von Overhagen für die Entwicklung des Dorfes an der Gieseler mit seinen rund 1.200 Bürgerinnen und Bürgern bleibende Verdienste. Zudem war er von 1989 bis 2004 Mitglied des Kreistages Soest. Für die Sozialdemokratie übernahm er zweimal (1976 bis 1982 und erneut 1983 bis 1992) den Vorsitz des Stadtverbandes Lippstadt. Ebenso engagierte er sich von 1991 bis 2010 als Vorsitzender des damaligen Unterbezirks und heutigen Kreisverbandes Soest seiner Partei. Zum Ausscheiden aus seiner letzten Funktion für die älteste deutsche Partei wurde er zum Ehrevorsitzenden der SPD im Kreis Soest ernannt.

Bundestag

Bei der Wahl am Sonntag, 16. Oktober 1994, kandidierte **Eike Hovermann** zum ersten Mal für den Bundestag. Auch wenn der Ausgang für ihn nicht auf Anhieb erfolgreich war, zog er im Januar 1995 als Nachrücker für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten **Hans Gottfried Bernrath** (1927-2010) in das zu jener Zeit noch in Bonn ansässige Parlament ein.



Lippstadt am Samstag, 16. September 2023: Eike Hovermann (links) bei der Versammlung zur Neustrukturierung der Parteiarbeit der Lippstädter Sozialdemokraten. Mit im Bild Jonas Kayser.

Archiv-Foto. Karl-Heinz Tiemann

Größter Erfolg

Sein größter politischer Erfolg gelang ihm bei der 14. Wahl des Bundestages am Sonntag, 27. September 1998, als die Sozialdemokratie bundesweit einen erdrutschartigen Sieg erzielte und **Eike Hovermann** erstmals in der Geschichte im Kreis Soest für die SPD das Direktmandat für den Einzug in den Bundestag gewinnen konnte. Überdies wurde durch diese Abstimmung zum ersten und bislang einzigen Mal in Deutschland eine Bundesregierung – damals mit **Helmut Kohl** (1930-2017) aus der CDU als Kanzler einer Koalition von CDU/CSU und FDP – abgewählt und durch ein Kabinett von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit **Gerhard Schröder** aus der SPD als Regierungschef abgelöst. Einmalig war auch das damalige Ergebnis von **Eike Hovermann** in Lippstadt. Er lag mit 48,6 Prozent deutlich an erster Position und konnte einen satten Zugewinn von sechs Punkten verzeichnen. Sein CDU-Mitbewerber **Jürgen Augustinowitz** aus Rüthen hatte das Nachsehen, verlor seinen Sitz im Bundestag und verabschiedete sich aus der Bundespolitik.

Gesundheitspolitik

Als Bundestagsabgeordneter verschaffte sich der Overhagener in der Gesundheitspolitik einen Namen. Für die SPD-Fraktion im Bundestag fungierte er als ihr stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher. In dieser Position vertrat **Eike Hovermann** verschiedentlich seine eigenen Vorstellungen und stimmte nicht immer mit den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion überein. Insbesondere kritisierte er die von der seinerzeitigen Bundesministerin **Ulla Schmidt** Mitte der 2000er Jahre verantwortete Gesundheitsreform und gehörte bei der Entscheidung im Parlament zu den Abweichlern. Als **Eike Hovermann** bei einer öffentlichen SPD-Gesprächsrunde zur Gesundheitspolitik am Mittwoch, 30. August 2006, in Bad Waldliesborn als heimisches Bundestagsmitglied vom Gebot einer Fusion des Dreifaltigkeits-Hospitals mit dem Evangelischen Krankenhaus sprach und betonte, dass beide kirchlichen Träger keine andere Wahl hätten, fand diese Forderung des SPD-Gesundheitsexperten bei der im Heilbad versammelten Expertenrunde wenig Gefallen. Doch am Freitag, 6. Dezember 2024, ist das Ansinnen des früheren Parlamentariers durch die vertragliche Unterzeichnung der Vereinigung zum **Klinikum Lippstadt – Christliches Krankenhaus** zur überfälligen Wirklichkeit in der Stadt an der Lippe geworden.

Hans Zaremba

Aufbewahrung im Lippstädter Stadtarchiv

Rote Lippe Rose intern und Rote Lippe Rose

Die bisher schon umfängliche Sammlung im Stadtarchiv Lippstadt von Schrifttum über die Aktivitäten der Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften und Sozialdemokratie an der Lippe wurde im Mai erweitert: Dazu nahm Martina Kowollik die in den letzten fünf Jahren erschienenen Ausgaben der einstigen SPD-Zeitung Rote Lippe Rose intern und jetzigen Publikation zum Zeitgeschehen Rote Lippe Rose entgegen. Für die Übergabe waren Karl-Heinz Tiemann und Hans Zaremba für den Verein „Historie der Arbeiterbewegung in der Region Lippstadt“ ins „Alte Steinwerk“, Domizil des Archivs, gekommen. Mehr über die Chronik der im Lippstädter Stadtarchiv zur Aufbewahrung eingelagerten Publikationen ist den am Mittwoch, 25. März 2026, unter www.rote-lippe-rose.de eingestellten Zeilen zur Geschichte von Rote Lippe Rose (RLR) zu entnehmen.



Lippstadt am Montag, 11. Mai 2026: Erinnerungsaufnahme bei der Übergabe von Schriften an die Mitarbeiterin im Stadtarchiv, Martina Kowollik, durch Hans Zaremba (links) und Karl-Heinz Tiemann.

Foto: Dana Kleinhollenhorst (Stadtarchiv Lippstadt)

Rote Lippe Rose in eigener Sache

Ausgabe 7 aus 2026 in Vorbereitung

Die nächste Monatsausgabe von Rote Lippe Rose soll am Mittwoch, 1. Juli 2026, erscheinen. Daneben wird weiter in der Regel am Samstagnachmittag der Wochenrückblick von Rote Lippe Rose bei www.rote-lippe-rose.de veröffentlicht. Dies zu Themen der Politik, lokalen Begebenheiten und dem schwarz-roten Fußball vor Ort.

Impressum

Herausgeber

Historie der Arbeiterbewegung in der Region Lippstadt e.V. - Vertreten durch seinen Vorsitzenden Hans Zaremba
Dreieichmannstraße 1, 59555 Lippstadt, Telefon: 02941/22728 und 0170/4710976, E-Mail: HZ@HansZaremba.de

Redaktion

Hans Zaremba (Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) und Karl-Heinz Tiemann

Zustelldienst

Frank Heiermeier, Hans-Joachim Kühler, Klaus Rennkamp, Bernhard Scholl, Wolfgang Schulte Steinberg, Karl-Heinz Tiemann und Hans Zaremba

Homepage www.Rote-Lippe-Rose.de E-Mail info@rote-lippe-rose.de